

## Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 01.03.2012  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:35 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Meinen, Regina

**SPD-Fraktion**  
Bamminger, Berendine für Helga Grix (bis 17:50 Uhr)  
Meyer, Elfriede  
Scheffel, Enno

**CDU-Fraktion**  
Ohling, Albert

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Lechner, Katja für Wulf-Dieter Stolz

**FDP-Fraktion Grundmandat**  
Fooker, Ralf

**Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**  
Grix, Wilhelm für Helga Kruse  
Hass-Tjaden, Jörg  
Jacobs, Marion  
Jensen, Imke

**Beratende Mitglieder**  
Dietz, Ralf-Günter  
Engelberts, Birte  
Fielers, Stefan  
Obes, Schengül  
Ouedraogo, Abdou  
Reibe, Ulf  
Sprengelmeyer, Thomas

**von der Verwaltung**  
Lücht, Richard  
Philipps, Egon  
Ubben, Wolfgang

**Protokollführung**  
Rauch, Agnes

**Gäste**  
Kalmlage, Matthias  
Olsowski, Melina  
Santjer, Onno

## Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Meinen** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Sprengelmeyer** bittet darum, den TOP 8 „Förderung der Medienkompetenz“ vorzuziehen, da der externe Referent heute noch einen weiteren Termin habe.

**Beschluss:** Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2.1** Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

**Frau Meinen** nimmt die Verpflichtung des stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes Jörg Hass-Tjaden gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2012

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2012 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Verbindliche Schüler/-innenbetreuung in Form eines Ganztagschulbetriebes in Kombination mit einem Hortangebot an der Grundschule Grüner Weg  
Vorlage: 16/0190

**Herr Sprengelmeyer** stellt fest, mit diesem hier vorliegenden Beschluss seien noch keine finanziellen Auswirkungen betroffen. Hintergrund sei, dass in Emden immer mehr alleinerziehende Eltern faktisch auf längere Betreuungszeiten angewiesen seien als bis 15:15 Uhr. Hier sei ein verlässliches Betreuungsangebot für Grundschul Kinder umzusetzen, ohne dass noch eine zusätzliche Einrichtung aufgesucht werden müsse. Es sei bekannt, dass viele Kinder ganztägig

### Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

betreut werden müssen und dass Erziehungsaufgaben von Familien teilweise nicht mehr so übernommen werden könnten. Er betont, dieses sei natürlich nicht nur im Stadtteil Barenburg der Fall. Daher sei es aus seiner Sicht ganz wichtig, sich langfristig mit dieser Thematik zu beschäftigen. Fakt sei, hier mit der Schule und anderen Beteiligten weiter ins Gespräch zu kommen, um das Konzept, welches der Vorlage 16/0190 beigelegt sei, weiter zu entwickeln. Seines Erachtens sei der Verwaltung dieses Konzept so nicht konkret genug, da es im Grunde genommen eine Allgemeinsituation beschreibe, aber nicht die tatsächlichen Bedarfe an diesem Standort berücksichtige.

Abschließend stellt Herr Sprengelmeyer heraus, der Beschluss sei somit in Ordnung. Bezüglich der Kosten führt er aus, dieses habe man mit aufgenommen, da sie sich in diesem Rahmen abspielen würden, wenn man über eine qualifizierte pädagogische Betreuung nachdenke.

**Frau E. Meyer** bemerkt, mit dieser Vorlage könne etwas in Gang gebracht werden, was gerade in Barenburg wichtig sei, da dieser der kinderreichste und auch ein problematischer Stadtteil sei. Ihrer Meinung nach sei es wichtig, hier Geld in die Hand zu nehmen. Sie fragt an, ob sie sich darauf verlassen könne, dass der Betrag in dem genannten Rahmen bleiben würde. Abschließend stellt sie fest, die SPD-Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen.

**Her Fooken** erklärt, auch die FDP-Fraktion unterstütze diese Vorlage. Er stelle sich jedoch die Frage, warum es von zurzeit 238 betreuten Kindern nur 84 Rückmeldungen gegeben habe. Von diesen 84 hätten sich letzten Endes nur 18 für das Betreuungsangebot ausgesprochen. Hier müsse man sich fragen, was mit den fehlenden Rückmeldungen sei und ob es eventuell sprachliche Schwierigkeiten und sogar seitens der Elternschaft Angst vor entstehenden Kosten gegeben habe.

**Herr Fielers** stellt sich die Frage, ob beide Elternteile arbeiten müssten oder ob sie aus anderen Gründen die Betreuungszeiten in Anspruch nehmen würden. Er führt aus, 82 € erscheine ihm bei Alleinerziehenden hoch. Er fragt an, ob es sich dabei um einen Erfahrungswert handele. Weiter bittet er um Auskunft, nach welchen Kriterien die 20 Plätze bei 238 Schülerinnen und Schülern besetzt würden.

**Herr Ouedraogo** erklärt, er begrüße zunächst einmal diesen deutlichen Ansatz. Seiner Meinung nach müssten alle Kinder die Möglichkeit haben, sich auf die Zukunft vorzubereiten. Es würde noch erhebliche Schwierigkeiten geben, die zu überwinden seien. Er bedanke sich bei seinen Vorrednern, die sich positiv geäußert hätten. Als Vorsitzender des Integrationsrates sehe er jedoch nicht nur in diesem Zusammenhang den Stadtteil Barenburg, sondern auch die anderen Stadtteile. Seines Erachtens sollte man ein solches Projekt auf die ganze Stadt Emden ausdehnen. Er wehre sich dagegen, dass Barenburg immer als sozialer Brennpunkt bezeichnet werde.

**Herr Dietz** erklärt, er finde es das Wort „verbindlich teilnehmen“ im Konzept sehr wichtig. Im Gegensatz zum offenen Ganztagsangebot müssten die Kinder teilnehmen und könnten sich nicht wieder abmelden, was sehr viel Unruhe in den Schulen hervorrufe. Dadurch werde dann auch verhindert, dass diese Kinder allein zu Hause oder auf der Straße seien. Natürlich sei der Bedarf auch in anderen Stadtteilen vorhanden. So werde zurzeit auch in der neuen Grundschule Cirkxenaschule ein ähnliches Konzept erarbeitet.

**Herr Grix** betont, vom Grundsatz her sei ihm diese Vorlage noch nicht genügend ausgefeilt. Zwar habe man den Stadtteil Barenburg immer wieder im Fokus, doch auch an anderen Schulen sei die Problematik ähnlich gelagert. Von daher müssten auch Parallelen zu anderen Schulen entwickelt und anschließend dem Jugendhilfeausschuss zur Information gegeben werden.

### Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

**Frau Jensen** stellt fest, es sei mittlerweile selbstverständlich geworden, dass bedarfsorientierte Öffnungszeiten und Plätze für Kinder im Krippenalter und Kindergartenalter zur Verfügung stehen würden. Bei Kindern im Hortalter sei das in Emden noch lange nicht der Fall. Zwar würde es einige Hortgruppen in Emden geben. Doch auch sie wünsche sich eine Ausarbeitung für die ganze Stadt Emden.

**Frau Lechner** erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze ebenfalls diese Vorlage. Ihrer Ansicht nach sei Nachmittagsbetreuung sehr wichtig, denn jedes Kind sollte das Recht und die Möglichkeit haben, sich nachmittags mit anderen Kindern zu treffen und Erfahrungen zu sammeln. Somit lernt man den Ort Schule nicht nur im negativen Sinne kennen, sondern erfährt auch das Positive am Nachmittag. Oftmals seien es am Anfang nur wenige Kinder. Doch wenn gute Erfahrungen gemacht würden, sei ein solches Projekt immer von Erfolg gekrönt.

**Frau E. Meyer** bittet um Auskunft, warum der Antrag der Schule Grüner Weg im Jugendhilfeausschuss behandelt werde.

**Herr Sprengelmeyer** stellt heraus, der Jugendhilfeausschuss sei für die Schulkindbetreuung zuständig, die außerhalb der Schule sei, und somit auch für die Hortbetreuung. Wie bereits in der Vergangenheit, werde man auch zukünftig immer mehr Themen behandeln müssen, die sowohl den Schulausschuss als auch den Jugendhilfeausschuss betreffen würden. Im Rahmen der Gesamtsozialisation der Kinder und Jugendlichen müsse Erziehung und Bildung gleichrangig behandelt werden. Daher sei die Schulkindbetreuung in diesem Ausschuss richtig verortet.

Weiter bemerkt Herr Sprengelmeyer, bei der Hortbetreuung sei genau definiert, wie groß der Raum, wie groß die Gruppe und wie die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein müsse. Das Hortangebot sei pädagogisch hochwertig. Doch er frage sich, ob tatsächlich jedes Kind eine Hortbetreuung haben müsse. Wichtig seien verbindliche und flexible Betreuungsangebote, wo die Schule ein Stück weit Lebensalltag der Kinder sei, weil auch die familiäre Situation darauf angewiesen sei. Das bedeutet, dass von dort aus auch der Alltag geregelt werde. Natürlich dürfe sich dieses Angebot nicht nur an 20 Kinder richten, sondern es müsse diejenigen Kinder einbeziehen, die nach Beendigung der Ganztagschule betreut werden müssten.

Herr Sprengelmeyer erklärt, es sei mit der Schule ein Vorgespräch geführt worden. Hier habe man sich darauf geeinigt, das Konzept weiterzuentwickeln. Er sei dankbar für die vielen Hinweise, die gekommen seien. Man müsse überlege, ob dieses Angebot weiter für die gesamte Stadt Emden umgesetzt werden könne, sodass es auch in irgendeiner Form auch noch finanziell dargestellt werden könne.

Hinsichtlich der Aussage von Herrn Fooker erklärt Herr Sprengelmeyer, es könne mit Sicherheit nicht Aufgabe der Verwaltung sein, nachzusehen, wie es in den Familien aussehen würde, wenn sich die Familien nicht zu einem Hortangebot melden würden. Bezüglich der Beträge, die nach dem Hortplatz gerechnet würden, bemerkt er, hier würde es ganz bestimmte Sätze geben. Welche Ausgaben und Einnahmen man habe und welche Sozialermäßigungen es geben würde, sei vorher nicht bekannt. Es würde bisher ein Ausgangskonzept auf dem Tisch liegen, welches weiterentwickelt werden müsse mit Blick auf diesen Standort und auf eine vielfältige Gestaltung, dass es hier zum Lebensmittelpunkt für die Kinder werden könne.

**Herr Fooker** erklärt, ihm sei es darum gegangen, warum nur 84 Rückmeldungen bei 238 Kindern gekommen seien. Von diesen Rückmeldungen seien nur 18 positiv gewesen. Es würde ihn interessieren, aus welchen Gründen der Rest nicht geantwortet habe.

**Frau E. Meyer** fragt an, ob Lehrer oder Betreuer die Kinder im Hortangebot betreuen würden.

## Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, beim Hortangebot sei auch die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesetzlich geregelt. Somit müssen Erzieherinnen und Erzieher angestellt werden. Doch das werde sich nach der Weiterentwicklung des Konzeptes alles zeigen.

Weiter bemerkt Herr Sprengelmeyer, er würde es auch nicht schlimm finden, wenn Kinder das Angebot nach der Ganztagschule nicht in Anspruch nehmen möchten. Natürlich sei es auch eine gute Sache, wenn Kinder auch ein Stück weit außerhalb von Institutionen noch Zeit verbringen würden.

**Frau Obes** stellt heraus, sie würde es auch begrüßen, wenn genauer hingeschaut werde, woran es läge, dass sich nur wenige Eltern für ein Hortangebot gemeldet hätten.

Herr Hass-Tjaden hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden stimmt den Antrag der „Schule Grüner Weg“ auf Kostenübernahme für ein verbindliches und pädagogisches Betreuungsangebot für Grundschulkinder grundsätzlich zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob und in welchem Umfang ein solches Angebot umgesetzt werden kann.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 6** Veränderung des Betreuungsangebotes für Kindertageseinrichtungen in Emden  
Vorlage: 16/0191

**Herr Ubben** führt aus, wie bereits in den vergangenen Jahren bitte er in diesem Jahr erneut darum, die Betreuungszeiten und Öffnungszeiten einiger Kindertagesstätten auszuweiten. Letztendlich stehe auch in der Produktbeschreibung, die über das Budgetbuch vom Rat so beschlossen worden sei, dass die Ganztagsbetreuung ausgebaut werden solle. Die damit verbundenen Folgen seien steigende Betriebskosten.

Er führt weiter aus, auch in den nächsten Jahren werde es zu entsprechenden Anträgen kommen, weil immer mehr Eltern den Bedarf nach Ausweitung der Öffnungszeiten hätten. Die klassischen Betreuungszeiten vormittags vier und nachmittags drei Stunden würden fast nicht mehr ausreichen. Es käme immer mehr zu verlängerten Öffnungszeiten. Auch gehe der Trend weiter zu einer Ganztagsbetreuung. Zudem würden die Träger immer mehr damit konfrontiert, dass die Eltern mehr Betreuungszeiten verlangen würden. Die Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes würden ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Öffnungszeiten an die Bedürfnisse der Eltern im Hinblick auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie anzupassen sei. Dabei müsse man aber auch das Wohl des Kindes im Auge behalten, denn durch die Betreuung in den Einrichtungen werde eine qualifizierte Betreuung sichergestellt. Seiner Ansicht nach sei dieses ebenfalls ein wichtiger Aspekt.

**Herr Fooker** erklärt, die FDP-Fraktion begrüße diese Beschlussvorlage. Er bittet um Hergabe der Entwicklungszeiten bezüglich der Nachfrage in den letzten drei bis fünf Jahren der Vormittags- und Nachmittagszeiten.

**Herr Fielers** fragt an, ob man benennen könne, welche Familien davon betroffen seien und ob es sich hierbei um Familien handeln würde, wo beide Elternteile arbeiten müssten.

**Herr Ubben** antwortet, die Verwaltung könne dieses nicht beziffern.

## Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

Auf die Bitte von **Frau E. Meyer** erläutert **Herr Ubben** die Zahlen der Vorlage.

**Frau Engelberts** bezieht sich auf die Frage von Herrn Fielers und erklärt, sie wehre sich dagegen zu bewerten, ob Eltern aufgrund ihrer Berufstätigkeit den Platz benötigen würden oder nicht. Dieses könne nicht Aufgabe des Jugendhilfeausschusses sein, hier zu entscheiden, ob beide Elternteile berufstätig sein müssten. Man wolle vernünftige Angebote für alle Kinder schaffen unabhängig von der Lebenssituation. Dabei sei es wichtig, die Qualität des Betreuungsangebotes nicht aus den Augen zu verlieren.

**Frau Jensen** schließt sich den Worten von Frau Engelberts an. Sie bemerkt, auch Mütter hätten ein Recht auf Berufstätigkeit. Zudem gäbe es viele pädagogische Gründe, die Kinder betreuen zu lassen. Mit der Frage, ob denn die Eltern arbeiten müssten, könne sie eigentlich gar nichts anfangen.

**Herr Ohling** erklärt, die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Er weist darauf hin, dass der Kindergarten St. Walburga beim Ausbau der Krippenplätze baukostentechnische Mehrkosten von 31.000 € gehabt habe, die von der Gemeinde übernommen worden seien. Eigentlich müssten diese aber noch von der Stadt Emden übernommen werden.

**Herr Ubben** entgegnet, diese noch offen stehenden Mittel seien im Rahmen des Investitionsprogramms angemeldet worden. Hier sei noch keine Entscheidung getroffen. Bezüglich der Diskussion, welche Eltern einen Kindergartenplatz benötigen würden, erklärt Herr Ubben, grundsätzlich habe jedes Kind einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Unabhängig sei dabei, ob die Eltern arbeiten würden oder nicht. Der Gesetzgeber gehe immer noch von den klassischen Betreuungszeiten aus. Im Grunde genommen gehe dieses an der Realität vorbei.

**Herr Fielers** betont, er wolle nicht missverstanden werden. Er sei absolut für diese Vorlage. Es interessiere ihn nur allgemein, ob man das definieren könne.

**Frau Lechner** fragt an, ob es richtig sei, dass Emden nach Aussage des statistischen Monatshefts vom Februar 2012 innerhalb Niedersachsens bezüglich der Betreuungsplätze an letzter Stelle stehen würde.

**Herr Ubben** erklärt, die Daten des statistischen Bundesamtes seien aus dem letzten Jahr, wo einige Maßnahmen noch nicht umgesetzt worden seien. Zwar sei man hinsichtlich der Betreuungsquote noch nicht am Ziel, aber die Stadt Emden hänge auch nicht zurück.

**Herr Sprengelmeyer** bedankt sich für die guten Wortbeiträge und weist aus Sicht der Verwaltung auf die finanziellen Auswirkungen hin. Demnach benötige man für die Veränderung des Betreuungsangebotes für die Kindertageseinrichtungen in Emden knapp 100.000 € jährlich. Der Rat habe beschlossen, eine Strukturkommission einzurichten. Von daher werde ab dem Sommer zu überlegen sein, wie dieses Geld an anderer Stelle zukünftig eingespart werden könne.

Herr Grix hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss stimmt den beantragten und in der Begründung zur Vorlage 16/0191 aufgeführten Veränderungen der Betreuungszeiten für einzelne Kindertageseinrichtungen in Emden zu.

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

**TOP 7** Jugendtheaterprojekt zum 70. Jahrestag der Zerstörung Emdens am 06.09.2014  
Vorlage: 16/0192

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, im letzten Jahr sei eine Gruppe unter Federführung des Landesmuseums eingerichtet worden, die sich mit der Ausgestaltung des 6. Septembers beschäftigt habe. Diese Gruppe treffe sich regelmäßig und habe überlegt, wie man die Erinnerungsarbeit in Emden aufrechterhalten könne. Im Rahmen dieser Überlegungen sei die Idee entstanden, zum 70. Jahrestag der Zerstörung Emdens ein Theaterprojekt in Auftrag zu geben, welches sich mit der Geschichte beschäftige, wie es dazu gekommen sei und was dieses eigentlich mit der aktuellen Lebenssituation der Menschen zu tun habe. Die BBS II habe diese Grundidee sofort aufgenommen und erklärt, dass sie mit der Rampe dieses gerne durchführen möchten. Daraufhin habe man sich in dem in der Vorlage aufgezeichneten Kreis getroffen und diese Idee weiterentwickelt. Derzeit werde Material gesammelt, sodass ab dem Sommer das Theaterstück geschrieben und im nächsten Jahr mit den Proben begonnen werden könne. Die Premiere ist für den 06.09.2014 vorgesehen.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen führt Herr Sprengelmeyer aus, hier handele es sich um Maximalausgaben, die in diesem Jahr noch nicht anfallen würden. Er gehe davon aus, dass diese Ausgaben bis zum Ende des Jahres konkretisiert werden könnten. Möglicherweise könne man auch noch Projektfördermittel einwerben. Diesbezügliche Gespräche hätten bereits stattgefunden. Er weist darauf hin, dass die Summe in Höhe von 30.000 € ein Maximum sei. Seiner Ansicht nach sei es sehr wichtig, die Erinnerungsarbeit zu intensivieren, zumal die Zeitzeugen aussterben würden. Es sei zu beobachten, dass in den jüngeren Generationen die Erinnerung langsam nachlasse. Von daher sei es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das Gedenken als Fortbestand für den Frieden aufrechtzuerhalten.

**Herr Fooker** bedankt sich. Für ihn sei es sehr wichtig, diese Erinnerungsarbeit zu leisten, um die Gefahren, die sich in der letzten Zeit wieder breit gemacht hätten, einzudämmen und den Jugendlichen vor Augen zu führen, was damals eigentlich passiert sei. Er habe sich anfangs die Frage gestellt, warum diese Vorlage nicht im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung behandelt werde. Dieses sei ihm nunmehr deutlich geworden. Er schlägt vor, durch die im Rahmen des Theaterprojektes erhobenen Eintrittsgelder einen Teil der Kosten zu decken. Auch halte er es für sehr wichtig, die Schulen vor Ort mit Ausnahme der Grundschulen zur Teilnahme zu verpflichten und somit den Kindern und Jugendlichen die damaligen Geschehnisse vor Augen zu führen.

**Frau E. Meyer** schließt sich den Ausführungen von Herrn Fooker an. Auch sie halte das Projekt für sehr wichtig, zumal die Zeit schnell vergehe und die Zeitzeugen aussterben würden. Sie hoffe, dass hierdurch die Ereignisse im Gedächtnis der Jugendlichen wieder in Erinnerung gerufen würden. Ihres Erachtens müsste das Finanzielle bei einer solchen Sache in den Hintergrund gestellt werden.

**Herr Ohling** stellt fest, die CDU-Fraktion könne diese Beschlussvorlage so nicht mittragen, da sie noch Beratungsbedarf habe und gerne mit den Initiatoren sprechen würde. Zudem würden die hier eingeplanten Kosten erst den Haushalt 2013 betreffen, sodass dieser Punkt auch in den Haushaltsberatungen im nächsten Jahr bearbeitet werden könne.

**Herr Ouedraogo** bemerkt, er begrüße dieses Projekt, das die kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft stärken würde.

**Herr Grix** erklärt, er könne nicht nachvollziehen, aus welchem Grunde die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Seines Erachtens müssten die noch vorhandenen Erinnerungen an die

### Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

nachfolgenden Generationen weitergegeben werden, damit diese Ereignisse nicht wieder geschehen würden. Für ihn seien diese 30.000 € wahrhaftig kein herausgeschmissenes Geld, um die jetzige Generation darauf hinzuweisen, was damals passiert sei. Sein ganzes Leben sei nachhaltig durch dieses Erlebnis zerstört worden und er habe lange gebraucht, darüber hinwegzukommen. Er sei davon überzeugt, dass die hier aufgelistete Vorbereitungsgruppe durchaus in der Lage sei, diese Erinnerungen mit unheimlich viel Feingefühl aufzuarbeiten.

**Frau Meinen** bedankt sich bei Herrn Grix für seine klaren und einfühlsamen Worte.

**Frau Engelberts** bedankt sich ebenfalls für den Beitrag von Herrn Grix. Sie bemerkt, sie halte den Kostenrahmen überhaupt nicht für hochgegriffen, denn eine solche Vorbereitung erfordere viel Engagement und Zeit und man benötige eine gewisse Planungssicherheit. Ihrer Ansicht nach sollte man die Jugendlichen nicht zur Teilnahme verpflichten müssen, sondern das Interesse bei ihnen wecken, damit sich wieder ein politisches Bewusstsein entwickle und man mit ihnen ins Gespräch kommen könne.

**Herr Fooken** erklärt, auch er könne die Haltung der CDU-Fraktion nicht verstehen. Auch seiner Meinung nach müsse jetzt das Signal gegeben werden, dass die Mittel für 2013/2014 zur Verfügung gestellt würden, denn ein solches Projekt müsse von langer Hand vorbereitet werden. Bezüglich des Eintrittsgeldes bemerkt Herr Fooken, eventuell könnte man dieses für weitere in diese Richtung gehende Maßnahmen verwenden. Ihm gehe es darum, zu gucken, wie die Schulen überhaupt beteiligt seien. Er halte eine Verpflichtung zur Teilnahme eigentlich für unheimlich wichtig.

**Herr Ohling** betont, auch seine Fraktion halte das Projekt für wichtig. Aber dennoch wolle man zunächst mit den Initiatoren sprechen.

**Frau E. Meyer** stellt heraus, sie könne den Beratungsbedarf der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen und bittet darum, das Verfahren nicht unnötig in die Länge ziehen, zumal das Theaterstück noch geschrieben und Texte gelernt werden müssten.

**Herr Ouedraogo** führt aus, seiner Meinung nach konzentriere sich die Diskussion zu sehr auf dieses Theaterstück. Seine Vorstellungen würden darüber hinausgehen. Durch so ein Projekt habe man die Möglichkeit, nicht nur die Vergangenheit zu verarbeiten, sondern auch für die Zukunft etwas zu tun. Er hoffe, dass damit eine Basis geschaffen werde, auf die immer wieder zurückgegriffen werden könne

**Frau Engelberts** ist ebenfalls der Ansicht, das Thema müsse aufgegriffen werden. Die jüngsten Ereignisse der rechten Terrorszene hätten gezeigt, dass schon viel zu lange weggesehen worden sei. Ihrer Ansicht nach stehe man in der Verantwortung und müsse sich für diese Sache einsetzen.

**Herr Fooken** schlägt der CDU-Fraktion vor, sich auf einen Kompromiss einzulassen und zuzustimmen. Gleichzeitig sollte die Verwaltung aufgefordert werden, im nächsten Jugendhilfeausschuss einen ersten Sachstandsbericht zu geben.

**Herr Sprengelmeyer** bemerkt, in der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung könnte durchaus ein Zwischenbericht gegeben werden. Er geht anschließend auf die Zusammensetzung der Vorbereitungsgruppe ein. Herr Sprengelmeyer betont, diese Gruppe brauche auch ein Stück Planungssicherheit. Er schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen auch einen abgestimmten Finanzplan vorzulegen. Die Thematik, wie die Schulen insgesamt in diese Aktivität einbezogen würden, sei ein Diskussionspunkt, der in der Gruppe schon intensiv beraten worden sei. Er begrüße es, dass sich diese Vorbereitungsgruppe bereits 2,5 Jahre vorher auf den Weg mache. Wie er bereits angedeutet habe, gehe er nicht davon aus, dass die 30.000 € auch tatsächlich benötigt würden. Im Übrigen stehe bei den finanziellen Auswirkungen, dass darüber noch in der



### Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

Strukturkommission beraten werden müsse. Der Jugendhilfeausschuss könne im Grunde genommen jetzt nur in der Sache entscheiden. Er gibt zu bedenken, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses Vertreter der Kinder und Jugendlichen auch gegenüber ihren Fraktionen sei. Die Strukturkommission und damit der Rat habe immer noch die Möglichkeit, dass Geld nicht zur Verfügung zu stellen.

**Frau Meinen** gibt zu bedenken, dass sich viele Menschen damit bereits auseinandergesetzt hätten und auch ein Stück Ehrenamt dabei sei, ein solches Projekt auf den Weg zu bringen. Ihrer Ansicht nach würde es auch das Votum des Jugendhilfeausschusses bedürfen.

Weiter führt sie aus, die CDU-Fraktion habe den Antrag gestellt, die Beschlussvorlage in die Fraktionen zu verweisen. Zwar sei es eigentlich bei einer solchen Antragstellung immer üblich, dass die anderen Fraktionen dieses mittragen würden. Aber aufgrund der Diskussionsbeiträge werde sie den Antrag zur Abstimmung bringen.

Frau Meinen lässt über den Antrag der CDU-Fraktion, die Beschlussvorlage 16/0192 in die Fraktionen zu verweisen, abstimmen.

Ja-Stimmen: 1	Nein-Stimmen: 9	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

Frau Meinen stellt fest, dass damit der Antrag abgelehnt worden sei. Anschließend lässt Frau Meinen über die Beschlussvorlage abstimmen.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Bereitstellung von insgesamt 30.000 € in den Haushalten 2013 und 2014 für die Entwicklung und Durchführung eines Jugendtheaterprojektes der Zerstörung Emdens am 06.09.1944.

**Ergebnis:** einstimmig

Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1
---------------	-----------------	-----------------

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 8** Förderung der Medienkompetenz  
Vorlage: 16/0194

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, der Kommunale Präventionsrat habe sich im letzten Jahr das Schwerpunktthema der sogenannten neuen Medien gewählt. Insbesondere beschäftige man sich mit dem Thema Chancen und Risiken des Internets und hier speziell mit dem Schwerpunkt der Internetspiele und wie die jungen Menschen diese Spielmöglichkeiten nutzen würden. Um dieses auch der Erwachsenenwelt und vornehmlich den zuständigen Politikern näher zu bringen, wolle er die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einladen, an einer Lan-Party am 11.05.2012 in der Hochschule teilzunehmen. Was sich hinter einer solchen Lan-Party verberge, werde Herr Matthias Kalmlage nunmehr vorstellen,

**Frau Meinen** begrüßt Herrn Kalmlage und bittet um Vorstellung des Projekts.

**Herr Kalmlage** stellt sich zunächst vor und erklärt, er möchte den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses heute das Thema Lan-Party näherbringen und erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, was eine Lan-Party sei, wer sich daran beteilige und was man damit erreichen wolle.

**Frau Meinen** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

## **Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012**

**Herr Ouedraogo** bedankt sich ebenfalls. Er hoffe, dass es Herrn Kalmlage an diesem Tag gelingen werde, dass er seine negative Einstellung bezüglich dieser Lan-Partys verliere.

**Frau Lechner** fragt an, wie viele Personen sich an einer Lan-Party beteiligen und ob diese tatsächlich von 09:00 Uhr bis 21:00 Uhr durchspielen würden.

**Herr Kalmlage** entgegnet, es seien zwölf Rechner vorhanden. Jeder Teilnehmer könne zu einiger beliebigen Zeit kommen und so lange spielen, wie er möchte. Die Zeit am 11.05.2012 von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr sei jedoch für den Jugendhilfeausschuss reserviert, damit sich die Mitglieder einen Einblick verschaffen könnten. Weiter führt er aus, die Hauptzeit einer Lan-Party sei tatsächlich nachts, da durch die Dunkelheit das Gefühl anders sei.

**Frau Meinen** fragt an, ob auf Lan-Partys auch gewaltverherrliche Spiele gespielt würden.

**Herr Kalmlage** bemerkt, dieses sei auf jeder Lan-Party so. Seines Erachtens gehe es jedoch in den Spielen nicht darum, unbedingt jemanden töten zu wollen, sondern um das taktische Denken. Zudem sollte man Spiele am PC und das wirkliche Leben trennen.

**Frau E. Meyer** gibt zu bedenken, dass sie sich unter einer Lan-Party nicht viel vorstellen könnte. Sie hoffe, dass Herr Kalmlage ihr am 11.05.2012 diese Thematik ein wenig näher bringen könne.

**Herr Kalmlage** weist darauf hin, dass nur Personen ab 18 Jahren bei Lan-Partys zugelassen würden. Er habe aber für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses drei Spiele herausgesucht, die die Spieler nicht überfordern würden. In diesem Fall gehe es in erster Linie nicht darum, was gespielt werde, sondern, welche Emotionen ausgelöst würden.

**Herr Sprengelmeyer** stellt abschließend fest, da man sich im kommunalen Präventionsrat dieses Schwerpunktthema ausgesucht habe, gehe es natürlich auch darum, sich mit der Thematik zu beschäftigen. Von daher sei es auch wichtig, zu wissen, worüber geredet werde. Der Termin am 11.05.2012 sei eine Möglichkeit, um eine ganz neue Erfahrung in Zusammenarbeit mit der Hochschule zu machen und werde ein erster Einstieg in diese Thematik sein.

**Frau Meinen** bedankt sich bei Herrn Kalmlage und geht davon aus, dass zu diesem Termin viele Mitglieder des Ausschusses erscheinen werden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 9** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### 1. Veranstaltungshinweise

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, er wolle zum einen auf den Deutschen Fürsorgetag vom 08. bis 10.05.2012 in Hannover zum Thema „Ohne Bildung keine Teilhabe – Von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter“ hinweisen. Das entsprechende Programm sei aus dem Internet ersichtlich. Seiner Meinung nach würde sich auch ein Tagesbesuch lohnen. Die Erfahrungen mit dem Deutschen Fürsorgetag seien ein Querschnitt, was in den Bereichen Bildung und Teilhabe altersübergreifend angeboten werde.

Weiter weist Herr Sprengelmeyer auf die Große Arbeitstagung der Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen am 04. und 05.09.2012 in Wolfsburg hin, welche sich mit dem Thema „Teilhabe ermöglichen – Zugänge gestalten“ beschäftigen werde.

## Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012

### 2. Veranstaltung Kinder und Kultur – Eine echte Stärke vor Ort

**Herr Philipps** erinnert an die Veranstaltung am 06.03.2012 „Kinder und Kultur – Eine echte Stärke vor Ort“, zu der bereits Einladungen verschickt worden seien. Die telefonisch bestellten Karten seien bereits verteilt worden. Jedoch seien noch Restkarten vorhanden, die er nach der Sitzung an Interessierte verteilen möchte.

### 3. Verlängerung des Förderprogramms Generation 2.0

**Herr Reibe** bemerkt, er habe die Nachricht vom Landesjugendring erhalten, dass das Förderprogramm Generation 2.0 um zwei Jahre verlängert worden sei. Dort würden innovative Projekte von Jugendlichen selber initiiert, die mit einer Summe bis zu 2.500 € gefördert würden. Die Organisatoren des Programms würden auch anbieten, dass Projektwerkstätten vor Ort durchgeführt würden. Falls Interesse vorhanden sei, sei er bereit, die Organisation zu übernehmen und an den Landesjugendring entsprechend weiterzugeben, sodass in Emden eine Veranstaltung durchgeführt werden könne.

## **TOP 10**           Anfragen

### Kindergarten Wolthusen

**Herr Ohling** erklärt, die CDU-Fraktion sei von Eltern angesprochen worden, deren Kinder den Kindergarten in Wolthusen in der Basaltstraße besuchen würden. Vor einigen Monaten sei zu lesen gewesen, dass das Gebäude marode sei. Er bitte nunmehr um einen Sachstandsbericht, wie weiter verfahren werde. Des Weiteren würde die CDU-Fraktion Planungskosten im Haushalt für den Kindergarten Wolthusen bereitstellen.

**Herr Ubben** führt aus, es würde Pläne geben, die auch bereits mit dem Träger erörtert worden seien. Um sich hausintern mit dem Gebäudemanagement abstimmen zu können, würden noch konkrete Angaben benötigt. Weiter bemerkt Herr Ubben, eine Kostenschätzung würde ihm vorliegen, sodass er entsprechende Mittel auch im Rahmen des Investitionsprogramms angemeldet habe. Wie hiermit weiterverfahren werde, sei die Entscheidung des Rates.

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, die Kosten seien der Politik bekannt bzw. in der Liste der Investitionen enthalten.

**Herr Grix** gibt zu bedenken, sobald an das Gebäudemanagement die Frage gerichtet werde, ob etwas erledigt werden könne, bekomme man regelmäßig die Antwort, dass dafür kein Geld vorhanden sei. Seiner Ansicht nach müsse die Politik endlich einmal dafür sorgen, dass mehr Geld für die Investitionen in den Kindergärten usw. zur Verfügung gestellt werde.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.